

PRESSEMITTEILUNG

Nr.
18.12.2009

Schulobstprogramm: Gesunde Ernährung von heute ist Gesundheit von morgen

Landtagsrede zum Thema "Umsetzung des EU-Schulobstprogramm in Schleswig-Holstein"

Dazu sagt die gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Marret Bohn**:

Immer mehr Jungen und Mädchen in Deutschland leiden an Übergewicht. Das hat uns vergangene Woche die aktuelle Studie der OECD bescheinigt. Gesundheitszustand und Ernährungsverhalten deutscher Kinder geben Anlass zur Sorge. 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen zwischen drei und siebzehn Jahren sind übergewichtig, 6,3 Prozent leiden an Adipositas, einem starken Übergewicht mit einem BMI von mehr als 30 kg/m². Das hat der Kindergesundheitssurvey des Robert-Koch-Institutes (KiGGS) nachgewiesen. Und er hat gezeigt, dass arme Kinder häufiger übergewichtig und weniger gesund sind. Das ist auch in Schleswig-Holstein so.



Gesunde Ernährung im Landtag und an Schulen: Grüne Fraktion wirbt für das EU-Schulobstprogramm

Die Zunahme von Übergewicht und sekundären Folgekrankheiten wie Bluthochdruck und Diabetes mellitus Typ Zwei hat weit reichende soziale und ökonomische Konsequenzen. Gesundheitsökonomien haben ausgerechnet, dass für die Behandlung ernährungsbedingter Krankheiten in Deutschland zweistellige Milliardenbeiträge ausgegeben werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Obst und Gemüse wirken sich positiv auf die Gesundheit aus. Das ist in der Ernährungsmedizin nachgewiesen. Kinder und Jugendliche essen zu wenig Obst und Gemüse. Da sind sich alle Expertinnen und Experten einig. Unser Ernährungsverhalten wird in der frühen Jugend ausgeprägt – auch das ist nachgewiesen. Das Schulobstprogramm fördert zusätzlich die regionale



Wirtschaft.

All dies sind gute Gründe, um das Angebot der Europäischen Union von rund einer halben Million Euro für ein Schulobstprogramm in Schleswig-Holstein anzunehmen. Trotzdem hat das Landwirtschaftsministerium Ende November angekündigt, dass die Landesregierung dieses Angebot ablehnt.

Warum? Was spricht aus Sicht der Landesregierung dagegen? Die bürokratischen Hemmnisse sind zu hoch. Die Kosten für den Verwaltungsaufwand stehen in keinem Verhältnis zu den Kosten, die für das Obst ausgegeben werden. Schleswig-Holstein kann die Kofinanzierungsmittel nicht aufbringen.

Aus Sicht meiner Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – das muss ich Ihnen offen sagen – sind diese Argumente nicht stichhaltig. Wir sind nicht so blauäugig zu behaupten, es gäbe keine Probleme bei der Umsetzung des Schulobstprogramms. Aber bei Problemen sollten wir nicht einfach aufgeben. Wir sollten versuchen, die Probleme zu lösen.

Bürokratie: Der Verwaltungsaufwand ist mit Sicherheit nicht zu gering, denn die EU erwartet zu Recht Transparenz und Nachprüfbarkeit. In Schleswig-Holstein werden seit Jahrzehnten EU-Förderprogramme durch verschiedene Ministerien in Anspruch genommen und die Richtlinien erfüllt. Hier sind Kompetenzen vorhanden, die genutzt werden können.

Aufwand und Nutzen: Das EU-Programm selbst begrenzt den Anteil der "Verwaltungs- und Kommunikationskosten" am Gesamtaufkommen des Schulobstprogramms auf 5 Prozent. Das erscheint mir nicht zu hoch und offensichtlich schaffen es andere Bundesländer in diesem Rahmen zu bleiben. Warum nicht auch Schleswig-Holstein?

Kein Geld: 500 000 Euro als Bonuszahlungen für einen einzelnen Bankmanager – das ist schnell beschlossen. 400 000 Euro für gesunde Ernährung als nachhaltige Investition in die Gesundheit von Schulkindern – das hält die Landesregierung nicht für möglich. Wie wollen Sie das der Bevölkerung in Schleswig-Holstein erklären?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die gesunde Ernährung von heute ist die Gesundheit von morgen. Daher sollten wir das EU-Schulobstprogramm auch in Schleswig-Holstein umsetzen. Die EU hat uns hierzu ein Angebot gemacht. Lassen Sie uns diese Chance nutzen und stimmen Sie unserem Antrag zu.

Kontakt

Marret Bohn (<http://www.sh.gruene-fraktion.de/cms/fraktion/dok/310/310893@de.html>)